

Volksrechtliche Zeitung für Anhalt und Thüringen.

nr. 206 Donnerstag-Ausgabe Anzeigenpreis: ... Jahrgang 212

Der 1. Mai

Der 1. Mai ist nun also allgemein gültige Feiertag. In Deutschland wenigstens. Damit haben die proletarischen Klassen etwas erreicht, das sie mit der Benutzung erfüllen müßte. Wenn es nur nicht anders gekommen wäre, wie sie es immer erträumt haben. Die Anerkennung des 1. Mails als allgemeinen Feiertages sollte den triumphierenden Abschluß des Sieges der internationalen revolutionären Sozialdemokratie, die Bewegung und Reaktion bilden, die Gleichheit aller dessen, was Menschen anständig ist, das Ende jeder Unterdrückung, Gerade aber in diesen Tagen, da der 1. Mai in Deutschland zum erstenmal als antijüdischer Feiertag begangen werden soll, die sozialistische Regierung die Bedingungen der internationalen revolutionären Sozialdemokratie entgegenzusetzen, die Arbeiter der anderen Länder hingegen international, oder die etwa auch dort vorhandenen Gruppen internationaler Arbeiter, sind nachteilig. So kann man sich den 1. Mai in der gesamten Welt veranlagt denken, ohne doch die Sozialisten in den Ländern der Welt zu verhindern wollen oder können. Ein Weltfeiertag der Arbeiter, der triumphierenden Sozialismus ist der 1. Mai also nicht; vielmehr ein Tag, an dem überlebende Arbeiter der sozialistischen Internationale ihr Ziel mit Hilfe betreten sollten. Wohl für immer ist ihr der 1. Mai dahin.

Es ist ein Siegesfest für die deutsche Sozialdemokratie. Auch das nicht. Für den Sozialismus unserer Zeit ist er eine ebenso schwere innere wie äußere Aufgabe. Wenn dein harter Arm es immer tiefer auf die Welt, die dieser feste Grund der sozialistischen Arbeiterbewegung sollte ja vor allem am 1. Mai als allgemeinen Feiertag anrufen. Das haben nicht nur die Arbeiter, die den Herdstein der Arbeiterbewegung bilden, das sollte das Sinnbild der internationalen Arbeiterbewegung sein. Und wie sieht es mit der Schmelze dieses ersten antijüdischen Feiertages aus? Wohl stehen allenfalls in Deutschland die Arbeiter nicht, aber nicht weil es der harter Arm des Sozialismus nicht. Nein, gerade weil ihnen und Sozialisten den Willen der Arbeiterorganisationen nicht haben. Die Arbeiter, nach deren Wort und der allgemeinen Feiertag einleiten sollte, haben die Arbeiterbewegung verloren. Während und während möchten sie heute lieber zur Arbeit treiben, zur Arbeit am geachteten 1. Mai, wenn nur noch das sie die hörte, ihren Wohnungen Folge leisten in den Arbeiterfreizeiten spottet man darüber, daß jetzt besonderer Arbeiterfeiertag angeordnet ist. Als ob nicht hunderte, um viel gefeierter würden! Man sollte einen Tag anrufen, an dem jeder arbeiten muß. So kann überall. Aber wer sollte das tun? Es macht ja nicht mehr, was er will; ohne Einsicht und Überlegung, man muß sagen, ohne Willen treibt die Masse der arbeitenden sozialistischen Arbeiter auf der letzten Ebene der Menschheit hinab. Der 1. Mai — nun ja, man wird hören, wie so manchen anderen Tag mit Mühseligkeit, daß die antijüdische Phrase vor niemanden darüber steht, daß dieser 1. Mai, der ein Triumph der Arbeiterbewegung sein sollte, lebendig den Kampf der Sozialdemokratie nach außen wie nach innen führen sollte.

Keine Maffeter in Frankreich

Paris, 30. April. Die Regierung unterlagte die Andachtungen am 1. Mai in Paris. Die Zeitungsdirigenten von Paris befehlen die Arbeiter am 1. Mai nicht erscheinen zu lassen. „Maffeter“ meinet, daß in die Bonapartisten befallen. In den Generalstreik zu treten, da ihre Forderungen erfüllt worden sind.

Der Ring um München schließt sich

München, 30. April. Der Ring um München schließt sich. Die Besatzung unterlagte die Andachtungen am 1. Mai in Paris. Die Zeitungsdirigenten von Paris befehlen die Arbeiter am 1. Mai nicht erscheinen zu lassen. „Maffeter“ meinet, daß in die Bonapartisten befallen. In den Generalstreik zu treten, da ihre Forderungen erfüllt worden sind.

Der Spartakistenführer Reichsmann ist, wie unter h. Sonderberichterstatter berichtet worden. Reichsmann hat bekanntlich den Vorsitz über die Stabkommandantur in Jagsdorf organisiert. (Von unserem h. Sonderberichterstatter.)

Amberg, 30. April. Nach den letzten Meldungen rücken die Regierungstruppen immer näher an München heran. In der Umgebung von München wird gekämpft. Ein Angriff der Spartakisten wurde zurückgewiesen. Ein Spartakistischer Vorstoß auf Rosenheim wurde bei 15 Kilometer nördlich von Rosenheim abgewiesen. In Bamberg wurden von den Regierungstruppen 15 Spartakisten hingerichtet. Mehrere andere wurden von der Einwohnerschaft niedergeschlagen. Das Oberkommando der roten Armee hat seinen Sitz in das Gebäude des Kriegsministeriums, in der Ludwigstraße, verlegt. Die Räter und Arbeiter erwarten schärfste Maßnahmen der Regierungstruppen. Die Räter der Regierung Flugblätter abwarfen, sind heute auf der Fahrt wieder verunglückt.

Amberg, 30. April. Der Kommandeur der preussischen Truppen durch Nordbayern hat sich abseits weiterer Bedingungen vollzogen. Nachher hat er die Befehle der Räter, bei Bamberg und Schweinfurt sich in den Besitz der Behältnisse nach München zu legen, mitgetragen ist, ist die Regierung wieder Herr der Lage.

Jagsdorf, 30. April. Der Transport der preussischen Truppen, die im Kampf gegen München mit den bayerischen und württembergischen Truppen gemeinsame Sache machen, ist im vollen Gange. Verschiedene Formationen haben sich teilweise schon im Gefecht ganz nahe an München vorgefunden. Der gesamte Oberbefehl über die in Tegel stehende Armee liegt in der Hand des preussischen Generalleutnants v. Duen. Die bayerische Armee befehligt General Cehl.

Der Friedensvertrag noch nicht fertig

Amsterdam, 30. April. „Telegraf“ meldet aus Paris, daß die Kommission, die mit der Abfassung des Friedensvertrages beauftragt ist, Tag und Nacht an der Aufstellung des Textes der Präliminarien arbeitet, der nicht weniger als 120000 Worte umfaßt. Folgende Fragen müssen noch geregelt werden: 1. Die Frage der Restitutionsfrage, 2. die Frage der Reparationen, 3. die Frage der militärischen und maritimen Bestimmungen, 4. die Frage bezüglich der deutschen Besatzungen, die mit der Frage der Arbeitskräfte, die Restitutionsfrage, 5. die Frage der wirtschaftlichen Bestimmungen der Friedenspräliminarien (es wird zum Beispiel gefordert, daß Deutschland ohne Gegenleistung die Minderheiten als selbstbestimmte Nationen behandelt), 6. die Frage bezüglich der Verhältnisse über die Deutschland abgegebene Territorien, 7. die Verwaltung des Riefen Kanals.

Genf, 30. April. Das Bureau „Europa-Press“ meldet aus Paris: Die finanziellen und industriellen Kreise befürchten, daß die Entente beständig die soziale Situation in der Welt abwärts zu Subsidien, die im besetzten Gebiet liegt und für den deutschen Export von großer Bedeutung ist, zu erwerben. Auch wird der Verdacht gemacht, daß Paris als einen Teil der Kriegsentwöhnung mit Beschlag zu belegen.

Genf, 30. April. In diplomatischen Kreisen wird bekannt, daß in der Schantung eine neue Verhandlung eingeleitet werden wird. Die Verhandlung über die Grenzfrage gegen gewisse Konzeptionen an China zurückzuführen oder den Rückübertritt vorzubereiten. Um dies technisch möglich zu machen, wird Japan in Aussicht das Verbleiben des oberen Gebietes in China festzulegen und in den Friedensverträgen aufgenommen. Dem übrigen Teil der Schantungsbahn behält Japan mit der Berechtigung, an einem geeigneten Punkte einen neuen Hafen anzulegen.

Berlin, 30. April. Gegenüber der Meldung Berliner Korrespondenten, daß sich unter dem Namen „Ligier“ eine Anzahl von Politikern abgeheilt, unterzeichnete eine Anzahl wichtiger interessanter Dokumente, namentlich militärischer Art, die für Belgien sehr bedeutsam seien, erklärt die Deutsche Adm. Abt. von ausländischer Stelle, daß an dieser Hinsicht in Warschau, Paris u. a. Schiedsrichtern kein Wort, und unter Überbringer mit allem Material versehen, dessen sie für die Ausnahmeverhandlungen in Versailles bedürfen. Was aber insbesondere Belgien betrifft, so ist die Stellung der deutschen Regierung durch die verschiedenen Erklärungen der hiesigen Regierungsdirektoren, auf die Reichsminister der Wehr, Grafen von Hertefeld, nicht zu bescheiden werden, wenn gerade jetzt, so in Versailles über die Bedingungen des Friedens unterhandelt werden soll, die Vertretung der deutschen Einheitsfront durch denartige in seiner Weise begründete Nachrichten erschwert wird.

Am Freitag Ueberreichung des Vertrages

(Nachmeldung der „A. F.“) Genf, 30. April. Aus Paris wird gemeldet, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages am 14. oder 15. Mai erfolgen dürfte, wenn Deutschland die Bedingungen annimmt. Am Freitag übergibt Ministerpräsident Clemenceau an seinen

Eigenen als Vorsitzender der Friedenskonferenz des Vertragsdokument persönlich dem Grafen Woodrow Wilson. Die deutsche Delegation erhält eine vierzehntägige Frist zur Prüfung des Dokuments; zugebilligt und muß sich dann im Namen der Regierung entscheiden, ob sie unterzeichnen will oder nicht.

Der Inhalt des Friedensvertrages wird unmittelbar nach Ueberreichung des Dokuments an die deutschen Delegierten der französischen Presse im Auszug zur Veröffentlichung übergeben werden. Die Veröffentlichung soll am Freitag nachmittag erfolgen.

Paris, 30. April. Der Oberste Wirtschaftsrat hielt unter dem Vorsitz von Paul Cécil seine 15. Sitzung ab. Der Rat beschloß, Schritte zu unternehmen, um das Verlangen der Deutschen einseitig der Räter zu Recht zu setzen im Auftrag und Elagert zu befehlen.

Sturz der ungarischen Räteregierung

Wien, 30. April. In Ungarn sind heute nachmittag Nachrichten von dem Sturz der ungarischen Räteregierung verbreitet. Die Truppen der ungarischen Armee, die gegen die rumänischen und serbischen Truppen stehen, befinden sich in voller Aufbruch. Hunderte von roten Garde sind an den rumänischen Übergangspunkten, die über den Oberlauf einer bestimmten Truppenlinie bilden, gegen die eigenen Volksgenossen jetzt kämpft. Der Angriff der rumänischen Truppen auf Budapest wäre nur noch eine Frage von Stunden. Aus diesem Grunde ist es begründlich, daß die ungarischen Kommunisten bereits mit der Flucht aus Budapest beginnen.

Meldung des ungarischen Telegrammen-Korrespondenten, Sáros. Die ungarische Räteregierung hatte, um gegenrevolutionäre Bewegungen vorzubeugen, in den letzten Tagen rund 160 Verhaftungen angeordnet und durchgeführt. Unzufriedenheit, daß diese Verhaftungen als politische Verfolgungen und nicht als Verbrechen angesehen werden. Die Untersuchung gegen sämtliche Verhafteten ist bereits angeordnet.

15000 deutsche Flüchtlinge aus Polen

Worms, 30. April. Ueber 15000 deutsche Flüchtlinge — entlassene Arbeiter, Volk und Familienangehörige usw. — werden in den nächsten Tagen aus dem Ruhrgebiet Polens nach Worms, Kreuz und Halle abgeholt.

Die Unabhängigen nur „abgeneigt“?

London, 30. April. Der unabhängige Sozialist Dooler erklärte in einem Interview in Amsterdam, daß die sozialdemokratischen und die bürgerlichen Staatsmänner in Deutschland das Recht Frankreichs anerkennen, die Sozialisten zur Wiederherstellung seiner Grenzen zu verlangen, daß sie aber einer Annexion des Saarlandes und der Stadt Danzig durchaus abgeneigt seien.

Vor einem polnischen Gewaltstich

Berlin, 30. April. Reichsminister Graf Berger hat heute abend an den Vorsitzenden der deutschen Volkskammerkommission, General v. Hammerstein, folgende Note zur Weitergabe an den Vorsitzenden der französischen Wehrkraftkommission, General Robani, übergeben.

„Der deutsche Regierung sind in den letzten Tagen zuverlässige Meldungen darüber zugegangen, daß die polnische Armee bereit ist, in den nächsten Tagen einen Gewaltstich mit größeren Truppenmassen gegen deutsche Gebiete in Polen und Oberloosien zu unternehmen. Die Selbstverteidigung polnischer Truppen an der Grenze befristeten die Richtung dieser Meldungen. Insofern das Umstände, daß die alliierten und assoziierten Mächte gegenüber Deutschland die bindende Verpflichtung übernommen haben, daß Polen keine feindlichen Handlungen gegen Deutschland unternehmen werde und angesichts der weiteren Tatsache, daß Deutschland im Vertrauen auf diese bindenden Absichten der alliierten und assoziierten Mächte den Durchmarsch der Truppen des General Soller durch deutsches Gebiet gestattet und genehmigt hat, hält es sich für berechtigt und verpflichtet, den Oberkommandierenden der alliierten Armee, Herrn General Foch, hiervon in Kenntnis zu setzen. Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß die alliierten Mächte nicht aufpassen werden, um einen Missetaten, das durch einen polnischen Angriff entstehen kann, zu verhindern. Es ist der deutschen Regierung jedoch unumgänglich, irgend eine Garantie dafür zu übernehmen, daß der polnische Handlungswille nicht durch den Polen gebrochen wird, wenn die polnische Armee zum Angriff gegen deutsches Gebiet übergehen sollte. Die deutsche Regierung möchte sich einem solchen Übergriff, selbstverständlich auch nicht in den weiteren Durchmarsch der Truppen der Armee Foch stellen. Sie möchte alle Folgen, welche aus einem solchen polnischen Angriff auf deutsches Gebiet erwachsen könnten, abweisen und weist auf die feststehende Tatsache des deutschen Vorgehens hin.“

Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß die alliierten Mächte nicht aufpassen werden, um einen Missetaten, das durch einen polnischen Angriff entstehen kann, zu verhindern. Es ist der deutschen Regierung jedoch unumgänglich, irgend eine Garantie dafür zu übernehmen, daß der polnische Handlungswille nicht durch den Polen gebrochen wird, wenn die polnische Armee zum Angriff gegen deutsches Gebiet übergehen sollte. Die deutsche Regierung möchte sich einem solchen Übergriff, selbstverständlich auch nicht in den weiteren Durchmarsch der Truppen der Armee Foch stellen. Sie möchte alle Folgen, welche aus einem solchen polnischen Angriff auf deutsches Gebiet erwachsen könnten, abweisen und weist auf die feststehende Tatsache des deutschen Vorgehens hin.“

